Rundbrief 03 / 15

attac

TTIP & CETA kippen

Runter vom Sofa und am 10. Oktober auf nach Berlin!



Inhalt

1 EUR 50

Im Herbst treten die Auseinandersetzungen um die Handels- und Investionsabkommen TTIP (EU und USA) und CETA (EU und Kanada) in die heiße Phase. Die Verhandlungsführer wollen TTIP unter Dach und Fach bringen und das fertig verhandelte CETA wird Ende des Jahres in die Ratifizierung gehen.
Kein Wunder, dass es die Befürworter eilig haben: Mit jedem Tag wächst der Widerstand gegen die unter größter Geheimhaltung ausgetüftelten Abkommen. Mit über zwei Millionen Unterschriften ist aus der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA die größte europäische Bürgerbewegung des Jahrzehnts geworden. Die Gegner dieser Abkommen finden sich in nahezu allen politischen Lagern und gesellschaftlichen Schichten. Die bekannt gewordenen Vertragsbestandteile haben unsere Sorgen, dass mit den Abkommen Standards für Gesundheit, Umweltschutz, Arbeitssicherheit etc. weiter gesenkt werden könnten, bestätigt. Der drohende Verlust von demokratischen Gestaltungsräumen, etwa durch private Schiedsstellen für Interessenskonflikte zwischen Staaten und Konzernen (ISDS), bringt viele Menschen auf die Barrikaden.
Am 8. Juli, im zweiten Anlauf, hat das Europaparlament eine TTIP-freundliche Resolution verabschiedet. Rechtskonservative, Konservative, Liberale, aber auch Sozialdemokraten haben mit diesem politischen Schachzug die Verhandlungen zu TTIP begrüßt. Immerhin beinhaltet der Text zahlreiche Empfehlungen und Forderungen an die verhandelnde EU-Kommission – dies ist als Erfolg zu werten. Dennoch setzt sich das Parlament mit jenem Beschluss über die Interessen und den erklärten Willen von Millionen von BürgerInnen hinweg. Am deutlichsten wurde dies am zentralen Streitpunkt des Verfahrens, dem Abschnitt zu ISDS. Während hierzulande und europaweit harte Auseinandersetzungen um diese unnötigen und gefährlichen (allerdings verhandlungsstrategisch bedeutsamen) Institutionen geführt werden, hat sich ein Großteil der sozialdemokratischen Abgeordneten mit einem faulen Kompromiss kaufen lassen.
Es ist also wichtiger denn je, unseren Widerstand gegen TTIP, CETA und die anderen Freihandelsabkommen sicht- und hörbar auf die Straße zu tragen: Gemeinsam mit zahlreichen weiteren Organisationen ruft Attac für den 10. Oktober zu einer großen Demonstration in Berlin auf. Mit dabei sind entwicklungspolitische Organisationen, der Deutsche Kulturrat, der DGB, Wohlfahrtsverbände und alle großen Natur- und Umweltschutzverbände.

Hanni Gramann, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/ttip

Abschied vom fossilen Zeitalter

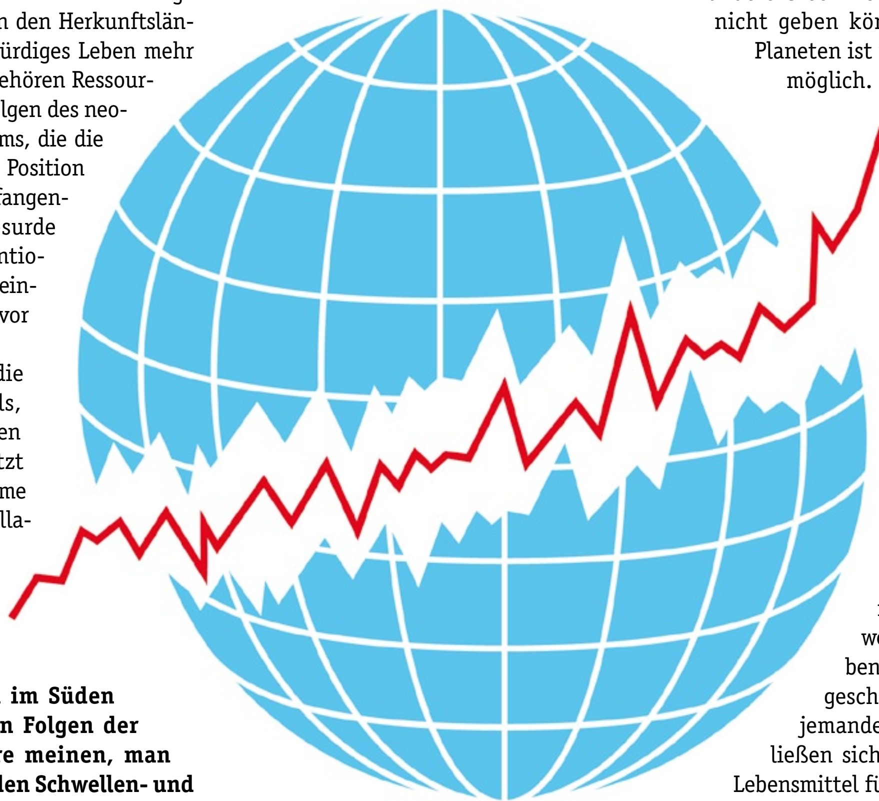
Die Welt braucht eine globale Klimagerechtigkeit

Mit dem Schwerpunkt „Wachstumskritik“ hat sich Attac vorgenommen, solidarische Antworten auf die globalen Fragen von Armut, Flucht, Hunger, sozialer Ungleichheit, Klimawandel und Naturzerstörung zu finden. Thomas Eberhard-Köster vom Koordinierungskreis beschreibt im Interview die Folgen des Wachstumszwangs und nennt Alternativen.

Warum ist das Thema „Wachstumskritik“ für Attac so zentral geworden?
Es sind die ökonomischen und ökologischen Verwüstungen, die die Menschen zur Migration zwingen: Da ist in erster Linie die schwierige wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern, die kein menschenwürdiges Leben mehr zulässt. Zu den Ursachen gehören Ressourcenkriege, aber auch die Folgen des neoliberalen Welthandelssystems, die die Länder des Südens in ihrer Position als Rohstofflieferanten gefangenhalten. Aber auch so absurde Dinge, dass unsere subventionierten Agrarexporte die kleinbäuerliche Landwirtschaft vor Ort zerstören.
Ein zweiter Aspekt sind die Folgen des Klimawandels, dem die Menschen im Süden bisher viel stärker ausgesetzt sind als wir. Wenn Ökosysteme unter dem Klimawandel kollabieren, bleibt den Menschen kaum eine Wahl, als ihre Heimat zu verlassen.

Du sagst, die Menschen im Süden leiden stärker unter den Folgen der Naturzerstörung. Andere meinen, man müsse den Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern größere Verschmutzungsrechte einräumen, damit sie sich entwickeln können?
Ich denke nicht, dass das die richtige Herangehensweise wäre: Sicher brauchen die Menschen im Süden eine starke wirtschaftliche Entwicklung, aber die muss nicht mehr durch das fossile Zeitalter führen. Die Länder des Nordens haben große Verantwortung für den heute stattfindenden Klimawandel. Im Sinne einer globalen Klimagerechtigkeit ist es an uns, den Ländern im Süden den Zugang zu regenerativen Energien und umweltschonende Technologien zu erleichtern.

Die Industrieländer propagieren als einzige Antwort die Einbindung der Schwellen- und Entwicklungsländer in das neoliberale Freihandelssystem. Mehr Handel bringe auch den Ländern des Südens mehr Wachstum.
Mehr Freihandel im Weltmaßstab wird keine der wesentlichen Ursachen von Klimawandel und Migration beseitigen – im Gegenteil. Er brächte nur noch mehr Transporte und Ressourcenverbrauch. Die Länder des Südens müssen die



Möglichkeit haben, ihre Märkte da zu schützen, wo sie Zeit für Entwicklung brauchen. Und wir müssen die Transporte auf den Austausch von Produkten beschränken, die es vor Ort nicht gibt, anstatt gleichwertige Produkte hin- und herzuschippern.

In Eurem Schwerpunktpapier stellt Ihr dem Wachstumszwang der kapitalistischen Wirtschaft eine „Kultur des Genug für alle“ gegenüber. Geht das überhaupt innerhalb des Kapitalismus?
Wir sagen: Es ist genug für alle da, es ist eine Frage der gerechten Verteilung. Mangel, Wachstum und Konkurrenz sind im Kapitalismus systemimmanent, da werden wir andere Lösungen brauchen.
Die Krise des Kapitalismus ist heute eine permanente, allumfassende Krise geworden, und wir stehen an einem Scheideweg. Wir müssen entscheiden, ob wir in Zukunft mehr oder weniger Ungleichheit wollen, mehr oder weniger Gerechtigkeit. Auch ein Hinauswachsen aus der Krise, wie es der Green Deal und andere Green-Konzepte propagieren, wird es nicht geben können. Auf einem endlichen Planeten ist unendliches Wachstum nicht möglich.

Wenn wir aus der Wachstumsdoktrin aussteigen wollen, dann wird das viele soziale Verwerfungen mit sich bringen. Werden die Menschen da überhaupt mitmachen?
Es gibt schon heute enorme soziale Verwerfungen und Ungleichheit. Gleichzeitig wurde noch nie so viel produziert wie heute. Vieles davon ist unnütz oder gar schädlich und naturzerstörerisch und muss deswegen eingestellt werden. Rüstung kann aufgegeben und Atomkraftwerke können geschlossen werden, ohne dass es jemanden schlechter ginge. Und es ließen sich auch ohne Pestizide genug Lebensmittel für alle produzieren.
So lange Erwerbsarbeit für die allermeisten Menschen die einzige Quelle ihres Lebensunterhalts ist, müssen diejenigen, die beim Umbau der Produktion ihre Arbeit verlieren, sozial abgesichert werden. Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung und eine Grundsicherung ohne Erwerbsarbeit. Ökologie ist ohne soziale Sicherheit nicht machbar, und umgekehrt geht es auch nicht.

Interview: **Lena Bröckl**

www.attac.de/wachstumskritik

Bleiben oder gehen ...

Zu den Hintergründen von Flucht und Migration



Proteste zur Aufnahme von Flüchtlingen bei einer Innenministerkonferenz in Osnabrück, 2013, Foto: Afrique-Europe-Interact

Über 2000 Menschen sind seit Jahresbeginn im Mittelmeer ums Leben gekommen. Niemand von ihnen hätte sterben müssen, wäre es Flüchtlingen und Migrant_innen möglich, die ständig übers Mittelmeer pendelnden Fähren zu nutzen und auf diese Weise sicher, kostengünstig und ohne erpresserischen Druck durch Schlepper nach Europa zu gelangen. Doch davon wollen die EU-Regierungen nichts wissen, auch wenn die Forderung nach sicheren Fluchtwegen immer lauter wird. Dies zeigen nicht nur die obszön anmutenden Überlegungen, mittels militärischer Luftschläge vermeintliche Flüchtlingsboote zerstören und somit die Zahl der Bootsflüchtlinge reduzieren zu können. Nein, genauso zynisch ist die Art und Weise, wie in der öffentlichen Debatte die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration systematisch ignoriert werden. Denn die Situation in Ländern wie Syrien, Eritrea, Somalia und Afghanistan ist allenthalben bekannt. Allein aus ihnen stammen laut UN-Angaben 48 Prozent der Flüchtlinge, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres an den europäischen Küsten angekommen sind. Aber auch die Situation in vielen Ländern südlich der Sahara ist keineswegs unbekannt. Nur wird darüber noch weniger berichtet als über Syrien oder Eritrea, schlicht deshalb, weil hier der Zusammenhang zwischen zerstörerischer Politik der reichen Industrieländer und aktueller Lage im Land ungleich offener zu Tage liegt.

Eines von zahlreichen Beispielen ist Mali in Westafrika, ebenfalls eines der Hauptherkunftländer vieler Bootsflüchtlinge sowohl im westlichen als auch im zentralen Mittelmeer. Seit den 1980er Jahren wurde das ohnehin arm (gemachte) Land immer wieder brutal durch die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme von IWF, Weltbank & Co in Mitleidenschaft gezogen. Also von jenen Maßnahmen, die seit 2010 insbesondere Griechenland in den Abgrund gerissen haben – dies allerdings mit dem nicht ganz unwesentlichen Unterschied, dass die internationale Öffentlichkeit von den damaligen Vorgängen kaum etwas mitbekommen hat. Zudem ist spätestens seit der Finanzkrise 2008 für zahlreiche Bauern und Bäuerinnen in Mali eine weitere existenzbedrohende Entwicklung hinzugekommen. Die Rede ist von Landgrabbing, d.h. der meist entschädigungslosen Enteignung von Acker- und Weideland – sei es für (global operierende) Banken, Investmentfonds oder Agrobusinesskonzerne, sei es für korrupte Beamte_innen und Politiker_innen. Traurige Berühmtheit haben diesbezüglich die beiden Dörfer Sanamadougou und Sahou 270 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Bamako erlangt. Sie haben seit 2010 nahezu sämtliche ihrer Flächen verloren. Verantwortlich ist der malische Großinvestor Modibo Keita, ein bestens vernetzter Unternehmer, der unter anderem von zwei Entwicklungsbanken mehrere Großkredite erhalten hat, an denen auch Deutschland mit Anteilen von 4,1 bzw. 21,4 Prozent beteiligt ist. Ergebnis ist, dass 5000 Menschen mittlerweile vor dem Nichts stehen. Zahlreiche Bewohner_innen haben die Dörfer bereits verlassen, darunter über 40 junge Leute Richtung Europa. Andere arbeiten als Tagelöhner_innen oder sind auf Unterstützung durch Nachbardörfer oder Familienangehörige angewiesen. Das drängendste Problem ist mittlerweile der Hunger – und das in einer Region, die dank ihrer bestens an die schwierigen klimatischen Verhältnisse angepassten agro-forstwirtschaftlichen Anbauweise Hunger bislang kaum gekannt hat. Und noch etwas: Mali gehört zu jenen Ländern, die bereits seit den 1970er Jahren massiv vom Klimawandel betroffen sind: So berichten, um nur ein Beispiel zu nennen, Bauern und Bäuerinnen, dass sich die Regenzeit von fünf auf dreieinhalb Monate verkürzt hat, so dass einige besonders ertragreiche Feldfrüchte nicht mehr angebaut werden können. Folge ist, dass ohnehin bestehende Abwanderungstendenzen einmal mehr verschärft werden.

Insgesamt zeigt dies, dass die Forderung nach sicheren Fluchtwegen nur Sinn macht, wenn auch die strukturellen Ursachen von Flucht und Migration in den Blick genommen werden. Entsprechend ist Afrique-Europe-Interact in beiden Bereichen aktiv, weshalb an dieser Stelle auch ausdrücklich auf das von unserem Netzwerk herausgegebene Buch des Flüchtlingsaktivisten Emmanuel Mbolela „Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil“ (mit einem Vorwort von Jean Ziegler) verwiesen sei, das sich vor allem dem Spannungsfeld zwischen sozialen Auseinandersetzungen in den Herkunftsländern und Flucht bzw. Migration widmet.

Gastbeitrag von **Afrique-Europe-Interact**

www.afrique-europe-interact.net

Wind, Wasser, Sonne

In Griechenland gründen sich Genossenschaften für eine unabhängige und nachhaltige Energieversorgung



Foto: Susanne Götze

Die Krise ist eine Chance für einen Ausstieg aus fossilem und neoliberalem Denken. In Griechenland gründen sich derzeit Energiegenossenschaften. Durch gemeinsames Wirtschaften jenseits von Staat und Privatwirtschaft wollen sie unabhängig vom politischen Chaos ihres Landes werden. Eine Reportage über engagierte Menschen auf Sifnos.

Die Fähre Korais ist für viele griechische Inseln die einzige Verbindung zur Welt. An manchen ihrer Haltepunkte stehen nur einige weiße Häuser auf kargem Felsen und drei Wartende am Kai. Das schwimmende „Agäis-Taxi" hält trotzdem überall. Griechenland hat eine der größten Küstenlinien Europas – zum Festland gehören über 3000 Inseln. Nur rund 100 davon sind bewohnt, viele abgelegen und vollkommen vom Nachschub von außen abhängig. Es kann schon mal eine Woche dauern, bis die Korais-Fähre oder ein Frachter sich wieder blicken lassen. In der griechischen Krise wird das zum Problem, denn wenn die Versorgung knapp wird, trifft es zuerst die Inseln. Ihre BewohnerInnen sind nicht nur von Medikamenten und Lebensmitteln, sondern auch von Diesellieferungen abhängig. Ohne den Kraftstoff gäbe es dort weder Licht noch funktionierende Klimaanlagen.
Das kleine Eiland Sifnos liegt fünf Fährstunden von Athen entfernt. Einige EinwohnerInnen haben die Nase von dieser Abhängigkeit voll. „Wir haben hier das Meer, die Sonne und den Wind – und nichts davon nutzen wir für unsere Energieversorgung", erklärt Apostolo Dimopoulos. Der charismatische Touristenführer sitzt in einem kleinen Café in Kamares, dem einzigen Fährhafen der kleinen Insel. Wie alle Inseln in Griechenland ist Sifnos in der Energieversorgung von den Schiffen abhängig, die jede Woche Diesel liefern. Dimopoulos will die Insel autark machen. Dazu hat er mit anderen Insulanern eine Energiegenossenschaft gegründet, die zweite überhaupt in Griechenland.
Dass BürgerInnen innerhalb von Genossenschaften ihre eigene Energieversorgung organisieren, ist eine neue Entwicklung in Griechenland. Die erste Gruppe dieser Art arbeitet in Karditsa, einer Stadt auf dem Festland, 200 Kilometer südlich von Thessaloniki. Die dritte und bisher letzte hat sich erst im April auf der Insel Kreta gegründet. Die neue Regierung Syriza will das Bürgerengagement stärken. „Die Energiewende ‚von unten' kann gerade auf unseren Inseln zu mehr Autonomie im Energiesektor führen", erklärt Wirtschaftsminister Giorgos Stathakis. Seine Regierung werde deshalb günstigere Finanzierungsmodelle und Steuervergünstigungen für Genossenschaften einführen, verspricht er. Bisher haben die Genossenschaften jedoch noch nichts davon gespürt.

Grüne Energie als Krisenmedizin

80 Familien haben die Gründer der Sifnos-Genossenschaft schon auf ihrer Seite, rund 400 Familien der 2500 EinwohnerInnen starken Insel müssen noch für die Idee gewonnen werden. Viele Sifnos-BewohnerInnen sind noch skeptisch und verhalten sich auch aufgrund der Krise eher abwartend. Einige wollen lieber einen Flughafen, damit mehr Touristen kommen, statt eine Umstellung auf grüne Energie. Das schnelle Wachstum erscheint ihnen sicherer als die Ideen der Genossenschaft. Dimopoulos und seine Freunde wollen einen sanften, ökologischen Tourismus, der die kleine Insel nicht kaputt macht und ihren Charme erhält. „Ich habe in meinem Leben alles erreicht, nun will ich zeigen, dass die Insel mit einem langfristigen und gut durchdachten Konzept seine natürlichen Schätze erhalten und Wohlstand auf die Insel bringen kann", meint der Touristenführer, der in Apollonia eine erfolgreiche Reiseagentur betreibt.
Die InselbewohnerInnen selbst verbrauchen nicht viel Strom. Im Winter reichen zwei Megawatt Kraftwerksleistung für die Versorgung aus. Allerdings sind im Sommer gut acht Megawatt notwendig, weil dann bis zu 12.000 Touristen pro Woche versorgt werden müssen, die ihren Urlaub auf der Insel verbringen. Die Pläne dafür liegen schon in der Schublade von Dimopoulos. Ein ausgefeiltes System soll Stabilität garantieren: Dazu wird Wasser durch Windkraft in einen Stausee gepumpt. Die Wasserkraft soll dann die Schwankungen im Netz von Solar- und Windrädern ausgleichen. Bevor es zu den großen Investitionen kommt, wollen die Energiepioniere zuerst einmal drei traditionelle Windmühlen mit Turbinen ausstatten.
„Die Bewohner müssen verstehen, dass erneuerbare Energie nicht nur ‚öko', sondern auch wirtschaftlich sinnvoll ist", sagt Dimopoulos. Er meint damit die teuren Diesel-Importe, aber auch die Arbeit an einem gemeinsamen Projekt. „Wenn jeder nur für sich kämpft und sich auf die Politik verlässt, kommen wir sicher nicht aus der Krise", ist er überzeugt. Nun beginnen die Mitglieder der Genossenschaft sich um die Mülltrennung zu kümmern oder Plastiktüten durch Jutebeutel zu ersetzen – kleine, aber bestimmte Schritte.
Selbst wenn alle Sifnos-BewohnerInnen mit an Bord sind, wird die Genossenschaft noch europäische Hilfe brauchen. Denn nur wenn die EU sie als Pilotprojekt anerkennt, dürfen sie überhaupt loslegen und das Stromnetz der Insel kaufen und ausbauen.

Gastbeitrag von **Susanne Götze**, Umweltjournalistin aus Berlin

www.klimaretter.info

Anatomie eines Schuldenbergs

Griechenland: Der 1. Bericht der Wahrheitskommission

Am 4. April 2015, zwei Monate nach dem Wahlsieg von Syriza, wurde im Athener Parlament eine „Wahrheitskommission“ mit dem Auftrag eingesetzt, einen Audit (Überprüfung) der griechischen Staatsschulden durchzuführen. In ihrem ersten Bericht vom 18. Juni erklärt die Kommission einen Teil dieser Schulden für illegal und illegitim. Eine Zusammenfassung.

In ihrer Analyse der Entstehungsgeschichte der griechischen Schulden weist die Kommission nach, dass bis Mai 2010, also bis zum ersten Rettungspaket der Troika aus Internationalem Währungsfond (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und Europäischer Kommission, „der Anstieg der Schulden nicht auf einen übermäßigen Anstieg der Staatsausgaben zurückzuführen ist, die in Wahrheit niedriger waren als die Ausgaben anderer Länder der Eurozone“.



Als Gründe für den Anstieg der öffentlichen Schulden nennt der Bericht „extrem hohe Zinszahlungen an die Gläubiger, übermäßige und ungerechtfertigte Militärausgaben, sinkende Steuereinnahmen aufgrund illegaler Kapitalflucht, die Rekapitalisierung von Privatbanken durch den Staat und internationale Ungleichgewichte, die auf Mängel bei der Ausgestaltung der Währungsunion zurückzuführen sind.“ Weiter heißt es: „Die Einführung des Euro verursachte in Griechenland einen dramatischen Anstieg privater Schulden, der Auswirkungen sowohl auf große europäische Banken als auch auf griechische Banken hatte.“ Die Überschuldung der privaten Haushalte sei von den griechischen Banken gefördert worden, die Kredite ohne Risikoprüfung vergaben. Mit der Wirtschaftskrise von 2008 sei diese Schuldenblase geplatzt und habe die griechischen Banken ruiniert.

Die parlamentarische Kommission hebt hervor, dass die 2009 gewählte Regierung Georges Papandreou Teile der Verschuldung der privaten Banken wissentlich in die Berechnung des öffentlichen Defizits eingerechnet hat – mit Wissen von Eurostat. Die Regierung habe die Zahlen dramatisiert, um die sich abzeichnende Bankenkrise als Staatsschuldenkrise erscheinen zu lassen. Der 2010 von der Troika vergebene Kreditvertrag verfolgte vorrangig das Ziel, die griechischen und europäischen Privatbanken zu retten, indem sie es ihnen ermöglichte, ihren Bestand an griechischen Schulden los zu werden.

Die Situation zu dramatisieren war auch ein hervorragendes Mittel, um in Griechenland die Austeritätspolitik durchzusetzen. Die mit dem so genannten „Rettungspaket“ verbundenen „Strukturanpassungsmaßnahmen“ haben die Situation nur noch verschärft. Sie führten zu einer drastischen Senkung der öffentlichen Ausgaben und zu Einschnitten in die Sozialsysteme. Die Wahrheitskommission wirft dem IWF vor, über die schädliche Wirkung dieser Maßnahmen voll und ganz im Bilde gewesen zu sein. Laut der französischen Tageszeitung Libération, Ausgabe 19. Juni 2015, stehe schwarz auf weiß in einem Dokument des IWF vom 25. März 2010, dass die dem Land aufgezwungene Therapie in keiner Weise helfen werde, Wachstum zu generieren. Auch könne sich Griechenland nicht in den folgenden Jahren über die Finanzmärkte finanzieren. Fest steht: Die öffentliche Verschuldung ist zwischen 2008 und 2015 von 100 Prozent des BIP auf 177 Prozent gestiegen, die griechische Wirtschaft ist um 25 Prozent geschrumpft, die Investitionen sind um 23 Prozent zurückgegangen.

Die Wahrheitskommission beurteilt die Kredite der Troika als illegal – der IWF hat nicht das Recht, an einen Staat Kredite zu vergeben, die er nicht zurückzahlen kann – und außerdem als illegitim.

Für die Kommission wurden die Menschenrechte der griechischen Bevölkerung verletzt, denn die schädlichen wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen lagen von vornherein klar auf der Hand: Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 27 Prozent, bei den unter 25-Jährigen sogar bei 50 Prozent. In Griechenland beträgt die Armutsquote 26 Prozent, im Vergleich zu 16 Prozent in der übrigen EU.

„Die hier vorgelegten Beweise zeigen“, so die Kommission, „dass Griechenland nicht nur nicht in der Lage ist, die Schulden zu tilgen, sondern das auch nicht tun sollte, und zwar hauptsächlich, weil die aus den Abkommen mit der Troika hervorgegangenen Schulden eine eindeutige Verletzung der grundlegenden Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger Griechenlands darstellen.“

Lena Bröckl und **Marie-Dominique Vernhes**

Eine Zusammenfassung des Berichts der Wahrheitskommission findet sich auf: www.attac.de/bildungsangebot/sig

Ein Mitglied von Attac Griechenland, der in der Kommission mitgearbeitet hat, wird am 6. August auf der Attac-Sommerakademie in Marburg den Bericht vorstellen.

Attac Deutschland unterstützt die europaweite Initiative „Sprengt die Schuldenketten Griechenlands“, www.cancelgreekdebt.org/de



„Gipfel der Alternativen"



„Danke für die Armut, Schäuble!"

Rückblick

28. Mai 2015

TTIP: Sozialdemokraten stimmen für Konzernklagerechte

Entgegen allen Versprechen stimmen die SozialdemokratInnen im Handelsausschuss des EU-Parlaments für eine Investitionsschutzklausel im geplanten Freihandelsabkommen TTIP – und damit für Sonderklagerechte für Konzerne. Attac fordert die EU-Abgeordneten auf, den Investitionsschutz bei der bevorstehenden Abstimmung über die TTIP-Resolution klar abzulehnen.

3. und 4. Juni 2015

G7: Gipfel der Alternativen mit 1000 TeilnehmerInnen

Beim „Internationalen Gipfel der Alternativen" in München diskutieren rund 1000 TeilnehmerInnen ihre Ideen und Konzepte für eine andere Welt. Im Gegensatz zum G7-Treffen in Elmau sitzen die VertreterInnen der Länder des Südens nicht am Katzentisch: Mehr als 60 ReferentInnen aus 17 Ländern bestreiten die Podien und Workshops – darunter die indische Wirtschaftswissenschaftlerin Jayati Ghosh, der Soziologe Jean Ziegler, Luis Muchanga von der UNAC aus Mozambik, die Menschenrechtlerin Bettina Cruz aus Mexiko sowie die Anwältin Liliana Uribe aus Kolumbien.

5. Juni 2015

Abschlusskundgebung gegen G7 in Garmisch-Partenkirchen

Mit einer Kundgebung in Garmisch-Partenkirchen findet der „Gipfel der Alternativen" seinen Abschluss. Kurz vor Beginn des G7-Gipfels prangern RednerInnen aus Afghanistan, Indien, Tunesien und El Salvador die verheerenden Folgen der G7-Politik an und verlangen einen gleichen Zugang zum weltweiten Reichtum für alle Menschen.

8. Juni 2015

Zwei Millionen EuropäerInnen unterschreiben gegen TTIP

Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Stop TTIP" überspringt die Zwei-Millionen-Marke – wenige Tage, bevor das Europäische Parlament seine Resolution zu TTIP verabschieden will. Damit hat das von rund 470 Organisationen unterstützte Bündnis die bisher größte EBI seit Einführung des Verfahrens organisiert.

10. Juni 2015

TTIP-Abstimmung im Europaparlament verschoben

Der Protest zeigt Wirkung: Die geplante TTIP-Abstimmung im EU-Parlament wird kurzerhand verschoben. Offenbar ist sich die große Koalition ihrer Mehrheit nicht mehr sicher und zieht die Reißleine. Dass sich die BefürworterInnen nicht anders zu helfen wissen, als einmal mehr den GegnerInnen des Abkommens die Möglichkeit zu nehmen, ihre Vorbehalte öffentlich zu begründen, spricht Bände.

17. Juni 2015

EU-Steuerpläne: Konzerne können weiter tricksen

Die EU-Kommission präsentiert einen Aktionsplan zur Konzernbesteuerung. Doch der ist völlig unzureichend. Mit Patentboxen und der Möglichkeit, Verluste grenzüberschreitend zu verrechnen, wird der innereuropäische Wettbewerb um möglichst niedrige Unternehmenssteuern weiter angeheizt.

19. Juni 2015

Griechenland: Attac-Aktion „Danke für die Armut, Schäuble!"

Eine ältere griechische Frau sitzt vor einer großen Dose Katzenfutter und löffelt aus ihr. Im Hintergrund prangt eine griechische Flagge mit dem Schriftzug „Danke für die Armut, Schäuble!" Mit dieser Aktion machen Attacies vor dem Bundestag in Berlin auf die Not der griechischen Bevölkerung aufmerksam. Sie fordern einen sofortigen Schuldenschnitt und ein Ende der Kürzungsprogramme für Griechenland.

19. Juni 2015

Jörg-Huffschmid-Preis 2015 verliehen

Er ist ein Signal gegen den Verlust kritischer Wirtschaftswissenschaften an deutschen Unis: Der Jörg-Huffschmid-Preis geht in diesem Jahr an die beiden jungen WirtschaftswissenschaftlerInnen Pavlina Miteva und Sebastian Prantz. Ausgelobt wird der Preis in Gedenken an den 2009 verstorbenen Bremer Ökonomen unter anderem vom Wissenschaftlichen Attac-Beirat.

20. Juni 2015

10.000 demonstrieren in Berlin für ein anderes Europa

Unter dem Motto „Europa.Anders.Machen." demonstrieren 10.000 Menschen in Berlin gegen die Kürzungsprogramme für Griechenland und die Abschottung der EU gegen Flüchtlinge. Bei der Kundgebung sprechen Theaterregisseur Nicolas Stemann, Freitag-Herausgeber Jakob Augstein und die griechische Staatsministerin Theano Fotiou. Aufgerufen hat ein breites Bündnis unter anderem von Attac, Teilen der Gewerkschaften, Jugend- und Studierendenverbänden, der Linkspartei, Blockupy und Flüchtlingsorganisationen. Auch in Rom, Paris, London und Brüssel gehen Zehntausende auf die Straßen.

2. und 3. Juli 2015

Griechenland: Attac unterstützt „Nein"-Kampagne

Attac unterstützt ein Nein der griechischen Bevölkerung beim bevorstehenden Referendum über das Kürzungsdiktat der EU. An vielen Orten ziehen Attac-Gruppen zusammen mit anderen BürgerInnen vor die Parteibüros von SPD und CDU. In Berlin demonstrieren Hunderte unter dem Motto „Nein! Oxi! No! zur Sparpolitik – Ja zur Demokratie!". In mehr als 120 europäischen Städten finden dezentrale Demonstrationen und Aktionen statt.



„Europa.Anders.Machen."



„Attac bleibt gemeinnützig!"

2. Juli 2015

Aktion „Attac bleibt gemeinnützig!" in Wiesbaden

„Engagement statt Lobbymacht – Attac bleibt gemeinnützig!" Mit einer Aktion vor der Staatskanzlei in Wiesbaden fordert Attac, endlich wieder als gemeinnützig anerkannt zu werden. Während die GlobalisierungskritikerInnen seit 444 Tagen ohne Gemeinnützigkeit auskommen müssen, gelten etwa die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik, das Atomforum oder das Forum Grüne Vernunft, das sich für Gentechnik in der Landwirtschaft einsetzt, als gemeinnützig.

5. Juli 2015

Oxi der GriechInnen Sieg der Demokratie

Allen Erpressungsversuchen der Gläubiger zum Trotz sagen die GriechInnen Nein zu weiteren Kürzungsprogrammen in ihrem Land. Dieses „Oxi ist ein Sieg der Demokratie." Attac fordert die EU auf, endlich ernsthaft mit der griechischen Regierung zu verhandeln. Es ist an der Zeit, wirkliche Reformen zu vereinbaren – Reformen, die den Menschen helfen und eine wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland wieder möglich machen.

6. Juli 2015

Gemeinnützigkeit: Breite Allianz fordert Rechtssicherheit

Mehr als 40 Vereine und Stiftungen haben sich zur Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung" zusammengeschlossen. Sie fordern eine Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts, um mehr Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen zu erreichen. Außer Attac sind unter anderem Brot für die Welt, Amnesty International, Oxfam, Terres des Hommes und Campact dabei.

13. Juli 2015

Deutsche Regierung als Totengräberin Europas

Mit ihrer Forderung nach einer bedingungslosen Unterwerfung Griechenlands macht sich die deutsche Regierung zur Totengräberin Europas. Unter Führung Wolfgang Schäubles setzen die Euro-Finanzminister der griechischen Regierung die Pistole an den Kopf: Sie soll der faktischen Umwandlung Griechenlands in ein Protektorat der Eurozone zustimmen. Das kommt einem Staatsstreich gleich. Aufgabe von Attac und anderen sozialen Bewegungen in Europa ist es nun, dieser Erpressung ein deutliches „Oxi" – Nein – entgegenzusetzen.

Ausblick

5. bis 9. August 2015

Sommerakademie in Marburg: Wissen, Aktion, Strategie!

Wissen, Aktion, Strategie für eine solidarische Welt: Das bietet die diesjährige Attac-Sommerakademie – kurz: Soak – in Marburg. Wie hängen globale Armut, Umweltzerstörung und das aktuelle Wirtschaftssystem zusammen? Wie sehen Lösungsstrategien aus? In Podiumsdiskussionen, Foren und Workshops versuchen die TeilnehmerInnen Antworten zu finden und politisches Handwerkszeug zu erarbeiten. Im Mittelpunkt steht das Thema „Wachstumskritik". Die Soak ist zentraler Treffpunkt für erfahrene Attacies und neu Interessierte.
www.attac.de/soak

7. bis 17. August 2015

Klimacamp im Rheinland

Um die Ursachen des exzessiven CO2-Ausstoßes anzugehen, braucht es eine breite und wirkungsvolle soziale Bewegung. Das Klimacamp im Rheinland bietet Raum für emanzipatorische Bildung und will zudem ein Ort sein, an dem (direkte) Aktionen geplant und ausprobiert werden können. Ein Schwerpunkt liegt dieses Jahr auf Wachstumskritik.
www.klimacamp-im-rheinland.de

9. bis 14. August 2014

Degrowth-Sommerschule Klimagerechtigkeit

Die Degrowth-Sommerschule findet in Kooperation mit dem Klimacamp im Rheinland statt. Im Zentrum steht das Thema Klimagerechtigkeit. Damit sollen die Erkenntnisse der Degrowth-Konferenz 2014 vertieft und konkretisiert werden.
www.degrowth.de/de/sommerschule-2015

10. bis 13. September 2015

Kongress Solidarische Ökonomie und Transformation

Der Kongress für solidarische Ökonomie und Transformation – kurz: SOLIKON – will Theorie und Praxis einer solidarisch-ökonomischen Alternative vereinen. Das Motto: „Wir können auch anders!" An der TU Berlin erwartet die TeilnehmerInnen vier Tage intensiver Austausch in Workshops, Foren und Podien.
www.solikon2015.org

10. Oktober 2015

TTIP und CETA stoppen! Bundesweite Großdemonstration in Berlin

Die Auseinandersetzung um die geplanten Handelsabkommen zwischen der EU und Nordamerika geht in die heiße Phase. Ein in seiner Breite einmaliges zivilgesellschaftliches Bündnis ruft zu einer Großdemonstration in Berlin auf. „TTIP und CETA stoppen – für einen gerechten Welthandel!", lautet die Forderung. Mit dabei sind außer Attac beispielsweise auch der DGB, der Paritätische Wohlfahrtsverband, Brot für die Welt, Oxfam und Greenpeace.
www.attac.de/10oberlin

6. bis 8. November 2015

Attac-Herbstratschlag in Mannheim

Das Attac-Netzwerk trifft sich zum Herbstratschlag in der Waldorfschule Mannheim. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium von Attac. Neben inhaltlichen und strategischen Entscheidungen stehen die Verabschiedung des Haushalts und Wahlen der bundesweiten Gremien an. Weitere Infos demnächst:
www.attac.de/ratschlag

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

„Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen“

Alexis Passadakis, 36, ist Politikwissenschaftler und seit 2002 aktiv bei Attac. Als Attac-Experte zu Griechenland ist er in Talkrunden häufig einziger Gegenpart zu den VerfechterInnen der autoritären Verarmungspolitik.

Alexis, wie bist Du zu Attac gekommen? In welchen Themen hast Du Dein politisches Zuhause gefunden?
Auslöser für meine Beschäftigung mit Globalisierungskritik war der G8-Gipfel in Genua. Ab 2002 war ich dann bei Attac aktiv, habe mich direkt in der bundesweiten AG WTO und Welthandel mit den zentralen globalisierungskritischen Fragen rund um gerechten Welthandel, globale Ernährungssysteme oder internationale Organisationen wie WTO und IWF beschäftigt. Außerdem war ich vier Jahre lang Mitglied im Koordinierungskreis, anschließend bis 2014 im Rat von Attac. Meine Vaterschaft hat allerdings meine Prioritäten etwas durcheinandergeschüttelt; zur Zeit bleiben mir keine Kapazitäten für intensives Engagement auf Bundesebene.

Du bist aktuell gern geladener Gast in Talkrunden zu Griechenland. Welche politische Rolle spielt Deiner Einschätzung nach die deutsche Medienlandschaft?
Die Medien in Deutschland – und dabei muss nicht zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten unterschieden werden – unterstützen deutlich das Projekt der deutschen Hegemonie in Europa. Wenn es darum geht, EU-Mitglieder „auf Linie“ zu bringen, passt kein Blatt zwischen die Bundesregierung, die Bundesbank und anderen und dem Gros des Medienapparats. Dort entstehen auch Wechselwirkungen: Dieser Apparat heizt politische Debatten zusätzlich an, allen voran natürlich die Bild-Zeitung. Und dieses Projekt ist unterfüttert mit einem rassistischen Blick auf „den Griechen“. Natürlich gibt es auch andere Stimmen, aber die sind sehr selten.
Besonders erschreckend und unselig ist dabei die Verknüpfung des politischen Projekts der deutschen Vorherrschaft in der EU mit der wahnhaften Erzählung der angeblichen ökonomischen Hintergründe der Schuldenkrise: „Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt und ist selbst schuld“. Neu ist das allerdings nicht: Schon 2011/12 gab es eine ähnliche Phase. Die Bild brachte Schlagzeilen wie „Verkauft doch eure Inseln“ – und bekam für diese unsägliche Kampagne den Herbert Quandt-Medienpreis verliehen. Das lässt tief blicken: Die Medienindustrie ist überwiegend Teil der Herrschaftskaste, statt vierte Gewalt mit Kontrollfunktion.



Wie waren Deine persönlichen Erfahrungen als Gast in Talkshows?
Die heißen ja nicht umsonst auch „Show“. In dem Format geht es nicht um ein journalistisches Produkt mit Anspruch der Wahrheitsfindung, oder darum, ein Thema sachlich auszuloten. Es geht auch um Unterhaltung, und dafür gelten eigene Regeln, und die Auswahl der eingeladenen Gäste spiegelt auch die politischen Prioritäten der Redaktionen wider, denn natürlich machen die auch Politik. Wenn ich so eine Einladung annehme, bin ich mir dieser Vorzeichen durchaus bewusst und bereit, mich darauf einzulassen. Was ich dort kann, ist, eine politische Position zu repräsentieren. Politik machen, gleichberechtigt mit der Gegenseite agieren, gar den Takt der Sendung bestimmen, kann ich nicht. Zu Beginn hatte ich vielleicht noch die Vorstellung, dass man durch Geschicklichkeit Spielräume deutlich vergrößern kann; diese Illusion habe ich nicht mehr. Aber eine Position abbilden, das geht.

Zur aktuellen Situation in Griechenland: Auf der einen Seite steht das OXI, auf der anderen Seite sieht es aus, als müssten noch die härtesten Auflagen akzeptiert werden. Welche möglichen Szenarien siehst Du für die Zukunft Griechenlands?
Die Eurogruppe wollte mehr als die Kapitulation Griechenlands – sie verlangt faktisch die Umwandlung Griechenlands in ein Protektorat. Nicht zufällig verbreitete sich der Hashtag #ThisIsACoup rasend schnell auf Twitter, wird der Umgang der EU mit Griechenland mit einem Putsch verglichen. Nach 2011, der Rebellion mit Platzbesetzungen wie auch in Spanien, im Arabischen Frühling oder in Tel Aviv, war Syriza der zweite, dieses Mal wahlpolitische Versuch, die Situation der GriechInnen zu verändern. Die Spielräume für Syriza sind zu eng, wenn überhaupt vorhanden. Doch selbst wenn Syriza zerfallen sollte: Es wird sicher weitere Versuche geben, die Austeritätspolitik zu brechen. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Gerade Schäuble, Merkel und Gabriel machen sich mit ihrer Forderung nach einer bedingungslosen Unterwerfung Griechenlands unter das Austeritätsdiktat zu Totengräbern Europas. Was kann als AktivistInnen in Deutschland jetzt unsere Aufgabe sein? Und wo siehst Du die Rolle von Attac?
Konkrete Solidarität kann sich auf vier Ebenen abspielen: Zum einen können wir direkt solidarische Projekte in Griechenland unterstützen, die versuchen, die humanitäre Krise zu bewältigen und so Austerität von unten bekämpfen. Zum zweiten können wir Kräfte unterstützen, die für eine andere Politik eintreten und uns beispielsweise für einen Schuldenschnitt stark machen. Zum dritten, das halte ich innerhalb von Attac für besonders wichtig, müssen wir unsere Analyse, wie die Eurozone von uns zu begreifen ist, grundsätzlich überdenken und auch Alternativen zu autoritärer Eurozone und EU skizzieren. Und nicht zuletzt müssen wir natürlich hier die Große Koalition unter Druck setzen – denn damit sich in Griechenland etwas ändert, muss sich auch hier etwas ändern!

Interview: **Jule Axmann**

Ausstieg aus der Kohle

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen



Foto: ausgeCO_2hlt

Dass Eisbären ertrinken, ist schlimm – aber nur ein Teil der Geschichte. Ökologische Krisen sind soziale Krisen und treffen Arme und Benachteiligte am stärksten, obwohl die Begüterten ihre Hauptverursacher sind. Naomi Klein argumentiert in ihrem Buch „Die Entscheidung" überzeugend, dass Klimaschutz und der Kampf um soziale Gerechtigkeit untrennbar zusammen gehören. Ein starkes soziales Netz verhindert, dass Menschen lediglich aus Angst einer Lohnarbeit nachgehen, die möglicherweise schädlich ist. Es eröffnet die Möglichkeit, unabhängig von Existenzangst darüber zu diskutieren, welche Tätigkeiten und Produktionsbereiche wir gesellschaftlich wichtig finden – und welche wir lieber abschalten sollten.

Das klingt alles schön und plausibel. Aber wieso demonstrierten Ende April in Berlin 15.000 Menschen von Gewerkschaften und Energiekonzernen gegen eine Klima-Abgabe für Kohlekraftwerke? Klimaschutz als Klassenfeind – wie kann es zu so einer diskursiven Schieflage kommen? Die Pro-Kohle-Demonstration in Berlin ist wie ein Bumerang ins Gesicht einer Umweltbewegung, die soziale Fragen zu sehr vernachlässigt hat. Gemeinsam mit anderen Gruppen und Netzwerken wird sich Attac weiter dafür einsetzen, dass aus Klimaschutzmaßnahmen ein Kampf um Klimagerechtigkeit wird.

In diesem Sommer hat die europaweite Klimagerechtigkeitsbewegung mächtig an Schwung gewonnen. Das liegt unter anderem am UN-Klimagipfel, der Ende des Jahres 2015 in Paris stattfinden wird. Weite Teile der Bewegung erhoffen sich vom Gipfel keine echten Lösungen mehr, nehmen ihn aber trotzdem zum Anlass, um sich zusammenzuschließen und zu zeigen: Wir müssen selbst dafür sorgen, dass fossile Ressourcen im Boden bleiben. So wird in Amsterdam ein Kohlehafen belagert oder in Spanien ein Fracking-Bohrfeld blockiert.

Hierzulande mobilisiert das Bündnis „Ende Gelände" zu einer breit angelegten Aktion des zivilen Ungehorsams, in der vom 14. bis 16. August der Braunkohletagebau Garzweiler lahmgelegt werden soll, auch unter Beteiligung von Attac-AktivistInnen. Umweltverbände und verschiedene NGOs solidarisieren sich mit der Aktion und rufen für den 15. August zu einer begleitenden Demonstration im Tagebaugebiet auf.

Attac ist mittendrin in der Kohleausstiegsdebatte. Im Juni fanden in fünf Städten die „Kohlegespräche" statt, eine Speakers Tour, die die Attac EKU AG in Zusammenarbeit mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie und der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert hat. An den Abenden wurde heiß diskutiert, auch über die anstehenden Kohleproteste im Rheinland. „Wenn es uns wirklich wichtig ist, dass die fossilen Ressourcen im Boden bleiben", sagte eine Teilnehmerin der Veranstaltung in Aachen, „warum gehen wir nicht alle zusammen in den Tagebau und halten den Schaufelradbagger auf? Wir müssen uns nur davor setzen, dann steht er still – was hält uns ab?" „Rechtliche Konsequenzen", wandte ein anderer Teilnehmer ein. „Ja, die Aktion ist illegal", sagte eine weitere Person, „aber wenn mich die Leute in 30 Jahren fragen, was ich getan habe, um Gletscherschmelzen, Trinkwassermangel, Ernteausfälle und brennende Wälder zu vermeiden, soll ich dann sagen: Ich hätte Kohleabbau aufhalten können, aber ich hab's nicht getan, weil da ein Schild stand ‚Betreten verboten'?" In anderen Städten drehte sich die Diskussion eher um die Ursachen unseres steigenden Ressourcenverbrauchs und Alternativen zu einem Wirtschaftssystem, das auf unendlichem Wachstum und Profit basiert. „Kohle ist nur ein Gesicht eines vielköpfigen Monsters", äußerte eine Referentin in Mainz. „Ich wünsche mir eine Energiewende, die Probleme ganzheitlicher angeht."

Die Debatte wird weitergeführt: Interessierte sind eingeladen, an der diesjährigen Attac-Sommerakademie vom 5. bis 9. August 2015 in Marburg teilzunehmen. Dort wird es unter anderem einen dreitägigen Workshop und ein Abschlusspodium zu Klimagerechtigkeit geben. Gleich im Anschluss daran beginnt die Sommerschule „Degrowth konkret: Klimagerechtigkeit", die vom 9. bis 14. August im rheinischen Braunkohlerevier stattfindet. Attac ist Partnerorganisation der Sommerschule und bietet dort mehrere Kurse an, in denen es z. B. um soziale Grundsicherung und um den Dialog mit Gewerkschaften geht. Im Herbst wird es außerdem eine Tagung zum Schwerpunkt „Globale Naturzerstörung und Armut solidarisch überwinden" geben.

Es geht nicht nur um die CO2-Konzentration in der Atmosphäre – es geht darum, wie wir unser Zusammenleben und -wirtschaften gestalten wollen. Attac kann dazu einige Lösungsideen beitragen.

Dorothee Häußermann, Attac-AG Energie Klima Umwelt

www.ende-gelände.org
www.degrowth.de/de/sommerschule-2015
www.klimacamp-im-rheinland.de
www.attac-netzwerk.de/ag-eku

444 Tage ohne Gemeinnützigkeit

Attac kämpft weiter für die Wiederanerkennung



Am 2. Juli bekam die hessische Staatskanzlei Besuch: Ausstaffiert mit einer riesigen Weltkugel demonstrierten AktivistInnen vor dem hessischen Regierungssitz für die Wiederanerkennung der Attac-Gemeinnützigkeit. Während reine Lobbyverbände wie das deutsche Atomforum oder die Gesellschaft für Wehrtechnik unangefochten als gemeinnützig gelten, wird Attac dieser Status weiterhin vorenthalten. Seit über einem Jahr gibt es keine Entscheidung des Frankfurter Finanzamts zum Einspruch gegen die Aberkennung. Unter dem Motto „Engagement statt Lobbymacht!" forderten die Attac-Aktiven die Politik auf, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden und zudem für Vereine wie Attac dringend benötigte Rechtssicherheit herzustellen.

Neben finanziellen Nachteilen für Mitglieder und SpenderInnen bedeutet dieser Zustand eine erhebliche Belastung für Attac: Für die Auseinandersetzung mit dem Finanzamt bringen wir sehr viel Zeit, Energie und Geld auf, die wir nicht in unsere eigentliche Arbeit stecken können – und das nur, um einen Status wiederherzustellen, der uns zusteht. Denn indem Attac das Gemeinwohl über die Einzelinteressen aus Wirtschaft und Politik stellt, handelt es unbestritten im Sinne der Allgemeinheit. Das Netzwerk setzt sich für eine gerechte Globalisierung ein, für eine Umverteilung großer Vermögen und gegen eine Welthandelsordnung, die ausschließlich das Wohl der Banken und Konzerne im Blick hat.

Attac ist nicht der einzige Verein, dessen Gemeinnützigkeit von den Finanzämtern in Frage gestellt wird. Gemeinsam mit über 40 weiteren Vereinen und Organisationen haben wir deswegen die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung" gegründet. Diese fordert von der Politik, den bestehenden gesellschaftlichen Konsens unmissverständlich ins Gesetz zu schreiben. Das Engagement für soziale Gerechtigkeit, für Frieden, für Menschenrechte oder den Klimaschutz muss dort endlich verankert werden. Vereine, die in diesen gesellschaftlichen Debatten wichtige Beiträge zur politischen Willensbildung leisten, müssen unterstützt werden, anstatt Knüppel zwischen die Beine geworfen zu bekommen. Dazu müssen die Organisationen selbstverständlich auch politisch aktiv sein können, um ihre Zwecke zu erreichen – denn politische Willensbildung darf in einer modernen Gesellschaft nicht den Parteien und Lobbyverbänden überlassen bleiben.

Wachstumskritik

Tagung am 24. Oktober 2015 in Hannover

„Unser Wirtschaftssystem und unser Ökosystem befinden sich miteinander im Krieg", schreibt die kanadische Publizistin Naomi Klein. Dem können wir zustimmen und hinzufügen, auch die Sozialsysteme sind davon betroffen, denn global betrachtet gilt: Wirtschaftliches Wachstum ist auf Dauer unvereinbar mit sozialem Wohlstand und Klimaschutz. Diese Sichtweise hat dazu geführt, dass der Attac-Herbstratschlag die Wachstums- und Armutskritik und deren Überwindung zum Schwerpunkt für 2015 erklärt hat.

Wie kann Wachstumskritik bei Attac konkretisiert und in praktische Aktivitäten umgesetzt werden? In Anlehnung an die 2013 durchgeführte Tagung „Schon mal abschalten" werden wir bei unserer Tagung am 24. Oktober in Hannover die Frage stellen, in welchen Bereichen weiterhin Wachstum nötig ist und welche Wirtschaftsbereiche längst schrumpfen sollten.

Dabei ist eine Unterscheidung zwischen Mitteln zum Leben und Mitteln zum Profit unvermeidbar. Solidarische Wachstumskritik heißt nicht Verzicht, sondern ein gutes Leben für alle. Einige allgemeine Grundsätze können bereits jetzt für unsere politische Intervention festgehalten werden:

- Was zum Zweck des guten Lebens der Menschen nichts beiträgt, ist sofort verzichtbar.
- Das Soziale muss den Finanzmärkten entzogen werden, weitere Lebensbereiche so bald wie möglich.
- Gesellschaftliche (öffentliche) Lösungen sind günstiger als profitorientiert betriebene Bereiche.

Denkt man diese Idee, muss man sich zunächst die Frage stellen, auf welche Bereiche dies zutrifft. Rüstung, Aluminium, industrielle Landwirtschaft, Automobilindustrie … die Liste ist nicht gerade kurz.

Daran schließt sich aber sofort die Frage an, was dies für die Arbeitsplätze bedeutet. Wie lassen sich Schrumpfungsprozesse sozial erträglich gestalten und wie könnte das alles gesellschaftlich ausgehandelt werden?

An der genauen Ausgestaltung der Tagung arbeiten wir noch und werden darüber auf der Webseite www.attac.de/wachstumskritik weiter berichten.

Bitte notiert Euch schon mal den Termin:
24. Oktober 2015, Hannover, Freizeitheim Döhren, An der Wollebahn 1

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen".

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Aus dem Attac-Shop

Ralf Krämer
Kapitalismus verstehen
Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart

Finanzkrise, Euro-Krise, Öko-Krise, Globalisierung, Automatisierung und Internet: Der moderne Kapitalismus verändert rasant die Bedingungen für gewerkschaftliche und politische Arbeit.
Wie sind diese Entwicklungen zu beurteilen und zu erklären? Armut und soziale Spaltungen nehmen zu, viele leiden unter schlechter Arbeit und niedrigen Löhnen, während die Reichen immer reicher werden und die Konzerne mächtiger. Wie hängt das zusammen?
Der Sozialwissenschaftler Ralf Krämer schlägt einen Bogen von der Marxschen Wert- und Mehrwerttheorie über grundlegende Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft bis zu den Krisenprozessen des Finanzkapitalismus.
In übersichtlich gestalteten Kapiteln werden theoretische Grundlagen mit der Diskussion aktueller Daten und Entwicklungen verbunden. Ausgangspunkt ist dabei: Die Wirtschaft kann nicht begriffen werden, wenn man abstrakt Marktprozesse betrachtet.
Es geht immer auch um gesellschaftliche Machtverhältnisse und Klassenkonflikte. Es gibt keine unpolitische Ökonomie.
Dieses Buch liefert Grundlagenwissen und Argumente für politisch und gewerkschaftlich Aktive im globalisierten und finanzgetriebenen Kapitalismus – und gibt allen politisch Interessierten gutes Handwerkszeug, um aktuelle politische Geschehnisse besser einordnen und verstehen zu können.
Ralf Krämer arbeitet seit 2002 als Gewerkschaftssekretär und seit langem zu Wirtschaftspolitik und Kapitalismustheorie. Er war einer der Initiatoren der WASG und Mitglied der Programmkommission der LINKEN. Er ist seit vielen Jahren Attac-Mitglied.

VSA-Verlag, broschiert, 256 S., 16,80 EUR

Bestellungen online unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069/900 281–10 oder per Fax an 069–900 281–99.



Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann, Karsten Peters, Werner Rätz, Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

„OXI" zur europäischen Verarmungspolitik – Ja zu einem solidarischen Europa!



„Die Griechinnen und Griechen", so ein Mitglied von Attac Griechenland, „haben mit über 60 Prozent mit NEIN zur Austeritätspolitik gestimmt! Trotz medialer Propaganda und Drohungen aus dem Ausland! Ein großer Tag für Griechenland, ein großer Tag für Europa, ein großer Tag für unsere gemeinsamen Kämpfe! Habt Dank für eure Unterstützung überall in Europa. Wir werden sie noch eine Zeit lang brauchen, damit das griechische Abstimmungsergebnis respektiert wird und zu einer brauchbaren Einigung und nachhaltigen Lösung der Schuldenproblematik führt."

Aktuell überschlagen sich die Ereignisse in Bezug auf Griechenland – eine brauchbare Einigung, die das griechische Nein respektiert, wie es sich der griechische Aktivist wünscht, ist in weite Ferne gerückt. Ein Nein zur Austerität, so scheint es, kann die EU in keinem Fall dulden. Besonders erbarmungslos zeigt sich in dieser Haltung wiederholt die Bundesregierung. Insbesondere Bundesfinanzminister Schäuble erweckt den Anschein, die griechische Bevölkerung regelrecht für ihren unverfrorenen Versuch, sich aus der Verarmungsspirale zu befreien, bestrafen zu wollen.

Deshalb ist jetzt ganz Europa gefragt, der Austeritätspolitik eine Absage zu erteilen! Führende Ökonomen weltweit konstatieren längst, dass sie kein Weg ist, um Volkswirtschaften nachhaltig zu stabilisieren – im Gegenteil, sie führt zu immer größeren Abhängigkeiten. Es ist auch an uns, diese andere Perspektive im öffentlichen Diskurs zu stärken: Für einen Stimmungsumschwung!

Wir haben bislang viele tausend Menschen darüber informiert, was Austeritätspolitik wirklich bedeutet – mit Videoclips im Internet, mit Veranstaltungen, Aktionen, Demonstrationen und Informationsmaterial. Und wir bleiben weiter dran.

Erhöhen wir den Druck für eine solidarische Politik – Deine Spende hilft uns dabei!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das ganz unkompliziert – herzlichen Dank!

Hinweis

Aktuell können wir für eingehende Spenden keine Steuerabzugsfähigkeit garantieren. Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; diese Gemeinnützigkeit ist aktuell aber durch das Finanzamt in Frage gestellt. Wir befinden uns deshalb in einem Klärungsprozess, sind aber zuversichtlich, dass die Gemeinnützigkeit unseres Engagements auch vom Finanzamt wieder bestätigt wird. Bis dahin können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter
www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE57430609670800100800

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1503

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE